

AUSLANDSBÜRO

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

20. Mai 2008

www.kas.de/argentinien

Regierung Kirchner unter Druck

Während der Konflikt zwischen der Regierung und dem „Campo“ um eine unverhältnismäßig große Anhebung der Abgaben auf Exporterlöse in den letzten zwei Wochen eine neue Intensitätsstufe erreicht hat, gab es ein Zeichen der Hoffnung. Auf einem Festakt des „Partido Justicialista“ (PJ), der peronistischen Partei, rief die Präsidentin der argentinischen Republik Cristina Fernández de Kirchner in einem versöhnlichen Ton zur Lösung des Konfliktes auf. Man wolle in einem demokratischen und pluralistischen Rahmen eine Reihe von Debatten führen, um den Konflikt zu lösen.

Anlass des Festaktes war „Krönung“ von Nestor Kirchner, ehemaliger Staatschef und Ehemann der Präsidenten, zum Parteivorsitzenden. Der „Campo“ zeigte sich zunächst überrascht und erfreut über die versöhnliche Tonlage. Später beschloss er jedoch den auf acht Tage angesetzten Streik um weitere sechs Tage zu verlängern. Die Regierung gab sich enttäuscht und schloss weitere Verhandlungen unter diesen Voraussetzungen aus. Die Ereignisse zeigen: es geht nicht nur um einen isolierten Konflikt, vielmehr werden die Grenzen des populistischen „System Kirchner“ in diesem Konflikt deutlich.

Ein Rückblick

Der mittlerweile seit zwei Monaten anhaltende Konflikt begann am 11. März 2008. Der damalige Wirtschaftsminister Martín Lousteau verkündete im Namen der Regierung ein Programm, das eine Erhöhung der Quellenabgaben für Exporte von Mais und Sojaprodukten auf bis zu 44 Prozentpunkte vorsah. Diese Maßnahme, die als „Anpassung an die Preise des Weltmarktes“ gerechtfertigt wurde, soll zusätzliche 2,3 Milli-

arden US\$ in die Kassen der Regierung spülen, um die ansteigende Inflation unter Kontrolle zu bekommen. Bereits zu Beginn des Jahres beschloss die Regierung einen Anstieg der Abgaben für den Export von Landwirtschaftsprodukten. Die erneute Steigerung der Exportabgaben ist in erster Linie für kleinere Produzenten ein schwerer Schlag und nicht zu akzeptieren.

Die Reaktion der Bauern und Produzenten ließ nicht lange auf sich warten. Am 13. März trat der „Campo“ geschlossen in den Streik und begann, landesweit wichtige Handels- und Verkehrswege zu blockieren sowie Verladestellen für Exporte von Weizen- und Getreideprodukten lahm zu legen. Dies war nicht nur das erste Mal, dass die vier wichtigsten Vertretungen des Agrarsektors Argentiniens gemeinsam in den Streik traten, es war nicht der erste Streik während der Amtszeit der Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner. Diesmal dauerte er insgesamt 21 Tage. Am 25. März bezeichnete die Präsidentin in einer aggressiven Ansprache den Protest als „Streik des Überflusses“. Dies wiederum erhitzte die Gemüter und führte zu Protesten in Buenos Aires. Der Protest ließ sich einerseits als Solidarität mit dem „Campo“ interpretieren, andererseits als Protest gegen die Regierungspolitik und das „System Kirchner“. Zwei Tage später präsentierte sich die Präsidentin in einer weiteren Ansprache versöhnlicher und erklärte sich dialogbereit. Dazu bat sie die vier Campo-Vertretungen ihre Blockaden aufzugeben. In der Zwischenzeit war es aufgrund der Straßensperren zu einem Preisanstieg und Versorgungsengpässen von Landwirtschaftsprodukten in Buenos Aires und weiteren Großstädten gekommen. Anschließend Verhandlungen endeten ergebnislos. Lediglich auf eine Streikpause für 37

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI
NICOLAS BECKMANN

20. Mai 2008

www.kas.de/argentinien

Tage, bis zum 2. Mai konnte man sich einigen.

Rücktritt des Wirtschaftsministers

Dieser „Burgfrieden“ wurde vom Rücktritt des Wirtschaftsministers Martín Lousteau überschattet, der am 24. April seinen Austritt aus der Regierung bekannt gab. Hauptgrund für seinen Rücktritt war die Ablehnung seines Programmentwurfs zur Sanierung der argentinischen Wirtschaft seitens der Regierung. Mit seinem Antiinflationplan wollte Lousteau Argentinien vor einer potentiellen Wirtschaftskrise bewahren und dieser mit Sparmaßnahmen entgegenzutreten. Ein weiterer Grund waren die öffentlich ausgetragenen Dispute mit dem Handelsstaatssekretär Guillermo Moreno, der als enger Verbündeter des Expräsidenten Nestor Kirchner gilt. Als neuen Wirtschaftsminister setzte die Regierung Carlos Fernández ein, ebenfalls ein enger Verbündeter von Nestor Kirchner. Dieser fungiert im Rahmen seines neuen Amtes als Chefunterhändler mit dem „Campo“.

Nach dem Ablauf des „Burgfriedens“ am 2. Mai traten der „Campo“ und die Regierung erneut in Verhandlung ein. Ein Plan der Regierung zur Unterstützung der kleinen Produzenten (Subventionen des Transports) reichte nicht aus um die Vertreter der Landwirtschaftsvereinigungen zu überzeugen. Bereits im Vorfeld hatten sie artikuliert, dass nur eine Senkung der konfliktiven „Retenciones“ zu einer Schlichtung des Konfliktes führen könne. Eine solche Senkung kommt für die Regierung allerdings nicht in Frage. Beide Konfliktparteien beschuldigten sich im Anschluss an die Verhandlungen gegenseitig für das Scheitern.

Wiederaufnahme der Streiks

Die Konsequenz lag in der Luft. Im Anschluss an die gescheiterten Verhandlungen verkündeten die Vertreter des „Campo“ die Rückkehr in den Streikzustand, vorläufig für 8 Tage. Wie schon im März organisierte der „Campo“ landesweit Blockaden auf den wichtigsten Verkehrswegen des Landes, sowie den Verladestellen für Getreideexporte. Eine Unterversorgung von Lebensmitteln in

den Großstädten sollte allerdings verhindert werden, um die Unterstützung aus der Bevölkerung nicht zu verlieren. Daher galten die Blockaden nur für Getreidelieferungen und nicht für weitere Lebensmittel. Mit der Verhinderung von Exporten will der „Campo“ die Regierung wirtschaftlich schwächen. Laut der Wochenzeitung „Perfil“ verliert die Regierung durch den Streik täglich 100 Millionen \$arg.

Um den Druck auf die Regierung zu erhöhen, richtete der „Campo“ parallel zum Streik einen Appell an die Gouverneure und Bürgermeister, mit der Bitte um Audienzen. Trotz der hohen Abhängigkeit der Provinzen von der Regierung, zeigten sich einige prominente Gouverneure bereit, die Vertreter des „Campos“ zu empfangen. Gerade in den Provinzen sind die Maßnahmen der Regierung nicht unumstritten. Viele peronistische Lokalpolitiker trafen sich mit Vertretern des „Campo“, um Ausschreitungen und Gewalt in ihren Dörfern und Distrikten durch Dialogbereitschaft vorzubeugen. Zu den prominentesten „Dialogführern“ zählen die Gouverneure Juan Schiaretti aus Córdoba, Hermes Binner aus Santa Fe, Sergio Urribarri aus Entre Ríos und Arturo Colombi aus Corrientes. Besonders Schiaretti machte mit seiner öffentlichen Forderung, die Exportabgaben zu senken, auf sich aufmerksam und zog dadurch den Unmut der Regierung auf sich. Auch der Gouverneur der Provinz San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, sprach sich öffentlich für eine Senkung der Abgaben und gegen die Regierungspolitik aus.

Die Regierung zeigte sich davon jedoch unbeeindruckt und antwortete mit einer „Strategie des Schweigens“. Der Konflikt mit dem „Campo“ wurde von der Präsidentin komplett totgeschwiegen. Diese ignorante Position konnte die Regierung jedoch nicht lange aufrechterhalten. Durch den weiter entstehenden wirtschaftlichen Schaden und angesichts der Dialogbereitschaft einiger Gouverneure, fanden am Abend des 11.05.2008 wieder Protestaktionen, in Buenos Aires, Santa Fe und Entre Ríos, statt. Durch das Schlagen auf Kochtöpfe, machte die Bevölkerung in so genannten „cacerolazos“ Krach gegen die Regierungspolitik. Im Jahre 2001 führten diese Protestaktionen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

20. Mai 2008

www.kas.de/argentinien

zum Sturz der Regierung. Wiederum verstärkten die Proteste den Druck auf die Regierung.

Und die Opposition?

Ein weiterer Rückschlag für die Regierung erfolgte am Dienstag den 13.05.2008. Die Oppositionsparteien beider gesetzgebender Kammern des argentinischen Kongresses präsentierten sich geschlossen wie selten zuvor und stellten sich gemeinsam gegen die Regierungspolitik. Anlass war ein Treffen der Opposition mit den Vertretern des „Campo“. Die Opposition proklamierte gemeinsam ein Projekt zur Außerkraftsetzung der Erhöhung der Exportabgaben. Man will das Regierungsprojekt per Gesetz stoppen. Das kuriose Bündnis umfasst ein breites politisches Spektrum, von Mitte rechts angesiedelte Kräften, bis hin zu Sozialisten. „Uns eint nicht die Liebe, sondern das Entsetzen. Ihr gebt uns Kraft weiterzukämpfen.“, begrüßte Alfredo De Angeli, populärer Wortführer der Streikenden und Vertreter der Agrargesellschaft „Coninagro“, die Geschlossenheit der Opposition im Kongress.

Piqueteros werden mobilisiert

Während der Druck auf die Regierung auf mehreren Ebenen zunimmt, trafen sich die Anführer der kirchnertreuen „Piquetero-Organisationen“. Als „Piqueteros“ werden in Argentinien Demonstranten bezeichnet, die durch Straßen- und Firmenblockaden auf ihre miserable wirtschaftliche Situation aufmerksam machen wollen. Was 1996 als soziale Bewegung begann, ist heute größtenteils zu einem Instrument der politischen Machthaber verkommen. Einige der größten Piquetero-Gruppen sind radikale Unterstützer der Regierung und des „Systems Kirchner“. Die Gruppierungen tragen Namen wie „Movimiento Evita“ oder „Federación Tierra y Vivienda“. Auf dem Treffen diskutierten die sozialen Anführer des „Kirchnerismus“, Luis D’Elia und Emilio Pérsico, eine Mobilisierung ihrer Mitglieder als Antwort auf die andauernden Streiks des „Campo“. Sie drohten an, die Massen ihrer Mitglieder auf die Straßen und gegen die Streiks zu führen.

Festakt des PJ zur Amtsübernahme des neuen Parteivorsitzenden Nestor Kirchner

Im Rahmen der skizzierten politischen Situation fand am 14.05.2008 ein Festakt der „Partido Justicialista“ statt. Anlass war die offizielle Ernennung von Nestor Kirchner zum ersten Vorsitzenden der Partei und die Erhebung von 75 Parteifunktionären in neue Ämter. 10.000 Menschen wollte die Partei für dieses Event, im Distrikt „Tres de Febrero“, im Großraum von Buenos Aires, mobilisieren. Viel war im Vorfeld des Festakts über die Inszenierung dieses Spektakels diskutiert worden. Noch vor einer Woche ging man von einer pompösen Machtdemonstration des einflussreichsten Mannes des Landes aus. Eine Rede der Präsidentin war zunächst nicht vorgesehen. Aufgrund der angespannten politischen Lage einigte die Parteispitze sich darauf, die übliche Hauptrede der Präsidentin zu überlassen und sie in den Vordergrund zu stellen. Durch dieses Zeichen wollte man sich dem Vorwurf entziehen, das Land werde von einem „Doppelkommando“ der Kirchners geleitet. Um eine Eskalation des Konfliktes zu vermeiden, setzte man auf einen moderaten Tonfall und eine versöhnliche Rede. Die Taktik schien zunächst aufzugehen. Sowohl die Medien, als auch der „Campo“ zeigten sich überrascht und angetan von der Ansprache der Präsidentin. Auch das Schweigen von Nestor Kirchner wurde als positives Signal wahrgenommen. Überschattet wurde der Festakt durch das Fernbleiben einiger Parteifunktionäre und Gouverneure, aus Protest gegen die Regierungspolitik.

Dennoch verkündete der „Campo“ am folgenden Tag, den Streik zunächst um weitere sechs Tage zu verlängern. Das Misstrauen gegen die Regierung und der Druck von der Basis waren zu groß, um sich nach der Rede der Präsidentin wieder in Verhandlungen zu begeben. Der „Campo“ machte im gleichen Atemzug deutlich, dass man erst zu Verhandlungen bereit sei, wenn die Regierung sich dazu bereit erkläre, die angesetzten Erhöhungen der Exportabgaben zu senken und konkrete Vorschläge zu präsentieren. In einem Schreiben an die Präsidentin artikulierten sie diese Forderung und baten um eine Audienz. Für den argentinischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO
ARGENTINIEN**

CHRISTOPH KORNELI
NICOLAS BECKMANN

20. Mai 2008

www.kas.de/argentinien

schon Nationalfeiertag am 25. Mai kündigte man eine machtvollere Massenkundgebung des Campo in Rosario an. Weitere große Protestaktionen sollen folgen. Der jetzige Streik gilt als der größte Agrarstreik in der Geschichte Argentiniens.

Die Regierung präsentierte sich enttäuscht und gab ebenfalls bekannt unter diesen Voraussetzungen keine Verhandlungen zu führen. Sie machte deutlich, dass es keine Verhandlungen geben werde, solange der Streik anhalte. Nestor Kirchner bezeichnete die Verlängerung der Blockade als „institutionelle Erpressung“. Ein Einlenken der Regierung ist noch weiter in die Ferne gerückt.

Die beiden neuen Vizepräsidenten der „PJ“, Hugo Moyano (Führer der Transportarbeitergewerkschaft) und Jorge Capitanich (Gouverneur der Provinz Chaco), präsentierten sich beim peronistischen Festakt aggressiv und kämpferisch. Man könne eine Million Menschen mobilisieren, wenn es darauf ankomme. Auch die regierungstreuen „Piqueteros“ reagierten auf die Beschlüsse der Vertretungen des „Campo“. Sie kündigten einen „Kontra-Marsch“ gegen die Massenkundgebung des „Campo“ am 25. Mai in Rosario an. Zahlreiche Aktionen im gesamten Land sollen folgen. Man wolle die Streikposten direkt bekämpfen und suche die direkte Konfrontation in den Straßen. Diese dramatischen Entwicklungen machten wenig Mut auf ein rasches Ende des Konflikts.

Ein Ausblick

Für die aktuelle argentinische Regierung und den „Kirchnerismus“ steht viel auf dem Spiel. Die Gefahr eines inneren Konflikts im Regierungslager wie im PJ ist nicht zu unterschätzen, sollte die Regierung an ihrer starren Position festhalten. Nachdem sich landesweit Parteifunktionäre zunächst zu Treffen mit Vertretern des „Campos“ bereit erklärten, kritisierten eine Reihe prominenter Peronisten öffentlich die Regierungspolitik. Auch das Fehlen wichtiger Parteifunktionäre und Gouverneure auf dem Festakt ist ein klares Zeichen des Protests. Es scheint, dass längst nicht alle Peronisten gewillt sind, sich dem „Kirchnerismus“ und dem

autoritären Politikstil unterzuordnen. Die bestehenden Spannungen sind nicht zu ignorieren und der Druck auf die Regierung steigt von Tag zu Tag. Der Appell an die Gouverneure war daher ein Punktgewinn für den „Campo“ und ein erfolgreicher strategischer Zug. Weit weniger bedrohlich erscheint der Regierung das punktuelle Zusammengehen aller Oppositionsparteien, gegen die Maßnahmen der Regierung.

Die argentinische Regierung, sowie der „Kirchnerismus“, haben durch den Agrarstreik viel an Popularität und Ansehen eingebüßt. Laut einer Umfrage der Tageszeitung „La Nacion“, vom 12.05.2008, halten 78,9% der Befragten den Streik für gerechtfertigt. Die Proteste in den Großstädten des Landes, sind Ausdruck einer Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung und zeigen, dass die Regierung das Potential des Konfliktes stark unterschätzt hat.

Kommt es zu keiner schnellen Lösung des Konflikts, drohen dem Land Argentinien schwerwiegende Folgen. Der „Campo“ hat demonstriert, wie ernst ihm seine Forderungen sind. Der gerade auslaufende Streik ist lediglich ein Vorgeschmack auf das Druckpotential des „Campo“. Die Landwirtschaft ist durch eine landesweite Mobilisierung, als wichtigster Wirtschaftssektor Argentiniens, in der Lage der Regierung und der argentinischen Volkswirtschaft massive finanzielle Schäden zuzufügen. Viele weitere Wirtschaftszweige wären von einer Ausweitung des Streiks betroffen. Die ohnehin miserable soziale Situation würde sich noch weiter verschlechtern.

Ebenfalls fatal wäre eine Mobilisierung der regierungstreuen „Piqueteros“. Diese gilt nach den jüngsten Aussagen ihrer Anführer als wahrscheinlich. Natürlich ist es fraglich, ob die von den Anführern angedrohten „Millionen von Menschen“ in die Straßen strömen werden. Trotzdem bestünde die Gefahr einer Eskalation und eines gewaltsamen Konflikts. Unter den „Piqueteros“ gibt es viele gewaltbereite Militante. Der Angriff eines militanten „Piquetero“ auf den Anführer des Agrarverbandes SRA, Luciano Miguens (einer der Verhandlungsführer), bei einer Protestaktion in Buenos Aires, verdeutlicht

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO

ARGENTINIEN

CHRISTOPH KORNELI

NICOLAS BECKMANN

das Gewaltpotential. Eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen regierungstreuen „Piqueteros“ und dem protestierenden „Campo“ wäre für das Land Argentinien, für seine Gesellschaft und für seine Demokratie ein Desaster.

20. Mai 2008

www.kas.de/argentinien

Es bleibt zu hoffen, dass nach dem moderaten Auftreten und der versöhnlichen Rede der Präsidentin, tatsächlich ein erfolgreicher Prozess zur Lösung des Konfliktes in die Wege geleitet werden kann. Die Regierung Kirchner steht unter Druck, aber am Ende ihrer Möglichkeiten ist sie noch lange nicht. Noch funktionieren die herkömmlichen Machtmittel der Abhängigkeit und der Instrumentierung unterschiedlicher Interessen.

Die dialogbereiten Gouverneure haben ihre Bereitschaft zum Dialog kurzfristig wieder zurückgezogen, die Regierung wird eine neue Chance für ihre Hinhaltetaktik nutzen und die Landwirte laufen Gefahr kriminalisiert zu werden, wenn „das Fleisch knapp wird“. Das ist letztendlich für jeden Argentinier das Schlimmste!

Angesichts der versäumten Verbesserung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Landes wird der aktuelle Konflikt ein Auftakt zu weiteren Auseinandersetzungen innerhalb der argentinischen Gesellschaft sein. Die Inflation galoppiert, die Energieknappheit in den kommenden Wintermonaten ist vorprogrammiert, die Finanzierung des Staates und der bereits wieder großen Verschuldung, wird trotz steigender Einnahmen und trotz weiter anhaltendem Wirtschaftswachstum schwieriger. Die politische Isolation des Landes und die ökonomischen Abhängigkeiten vom venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez sowie die aktuellen Ereignisse, wie auch die angewandten Mittel, sind nicht geeignet, das dringend benötigte internationale Vertrauen und die notwendigen Investitionen zu fördern. Für den argentinischen Populismus der Kirchners wird es enger.